



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

Az. SGI

Drucksachen-Nr. 5121/10
23.11.2010

Antrag
- öffentlich -
der GAL-Fraktion
sowie der CDU-Fraktion

Beratungsfolge	am	TOP
Ausschuss Soziales/Gesundheit und Integration	04.11.2010	7.4
Ausschuss Soziales/Gesundheit und Integration	02.12.2010	4.2

Soziale Angebotsstrukturen in den Stadtteilen sichern!
Gemeinsamer Antrag der GAL- und CDU-Fraktion

Sachverhalt:

In verschiedenen Stadtteilen des Bezirks Nord sind in den letzten Jahren niedrigschwellige Strukturen aufgebaut worden, die den BewohnerInnen Hilfe bei sozialen, erzieherischen und gesundheitlichen Fragen, Spiel- und Treffmöglichkeiten bieten. Dies hat das Leben der Menschen in den Stadtteilen positiv verändert. Das haben auch die kommunalen Gremien des Bezirks anerkannt.

Momentan ist die Fortsetzung dieser Arbeit aus finanziellen Gründen gefährdet. Die Gründe sind vielfältig, u.a.

- Das reguläre Auslaufen von Mitteln für Projekte zur Gesundheitsförderung im Bezirk Nord (z.B. Dulsberg)
- Das reguläre Auslaufen von Stadtteilentwicklungsprogrammen (z.B. „Lebenswerte Stadt“ in Barmbek Süd)
- Die dringend notwendige Haushaltskonsolidierung der Stadt Hamburg (z.B. Stadtteilbüro Dulsberg)
- Die Absenkung der Bundesmittel zur Arbeitsförderung, in Hamburg: 50 Mio Euro (z.B. Ein-Euro-Jobs in Schulkantinen)

Das Zusammentreffen dieser und anderer Ursachen droht, die jahrelange Arbeit, die viel zur sozialen Stabilisierung der Stadtteile beigetragen hat, zusammenbrechen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung sieht mit Sorge den drohenden Zusammenbruch niedrighschwelliger sozialer Angebotsstrukturen im Bezirk, besonders in den Stadtteilen Dulsberg und Barmbek Süd. Der Bezirksamtsleiter wird darum gebeten, in Verbindung mit den zuständigen Fachbehörden alles daran zu setzen, diese Strukturen funktionsfähig zu erhalten. Dabei sind beispielsweise zu prüfen:

- Alternative Fördermöglichkeiten durch die Überleitung in ähnlich gelagerte Programme
- Die Ausschreibungspraxis bei den verbleibenden Mitteln der Arbeitsförderung (Kriterium der quartiersnahen Arbeit)
- Die Nutzung des von der Bundesregierung neu aufgelegten Programms „Bürgerarbeit“

Ulrike Sparr und Fraktion

Christine Brüggemann und Fraktion

Der Ausschuss Soziales / Gesundheit und Integration hat den Antrag in der Sitzung am 04.11.2010 einvernehmlich vertagt.

Anlage/n:

ohne Anlagen